

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/021(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 18.05.2011	Altes Rathaus, Franckesaal	17:00Uhr	19:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2011
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Vorstellung des Sozialen Management/Soziale Betreuung bei der Wobau
BE: Wobau Magdeburg
- 6 Beschlussvorlagen
 - 6.1 Nutzungskonzeption Mehrgenerationenhaus Ottersleben DS0017/11
BE: V/02
 - 6.2 Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben DS0267/10
BE: V/02
 - 6.3 Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben DS0267/10/1
BE: V/02
- 7 Informationen
 - 7.1 Information zum Stand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Prüfung und Verbesserung der Seniorenfreundlichkeit der Kommunalverwaltung I0062/11
BE: Amt 50

7.2	Bericht über die Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2010 Aktivitäten und Ergebnisse bis 31.12.2010 in Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Magdeburg (DS0111/06) BE: Amt 50	I0114/11
7.3	Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2010 BE: Behindertenbeauftragter, Herr Pischner	I0074/11
8	Anträge	
8.1	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden BE: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0027/11
8.1.1	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden BE: EB KGM	S0065/11
9	Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und Altenplanung" BE: Stadtrat Ansorge	
10	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Jens Ansorge

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Andrea Hofmann

Stadträtin Monika Zimmer

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Sven Haller

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Bärbel

Bühnemann

Sachkundiger Einwohner Dr. Jürgen

Hildebrand

Sachkundiger Einwohner Andreas Poppe

Geschäftsführung

Frau Kathleen Uniewski

Stadträtin Steffi Meyer

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadtrat Frank Theile

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Lothar Tietge

Stadtrat Bernd Reppin

Stadtrat Hugo Boeck

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Stadtrat Ansorge, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. 7 Stadträtinnen/Stadträte sind anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Ansorge stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.
Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 7-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2011

Die Niederschrift vom 13.04.2011 wird bestätigt.

Anmerkungen gibt es nicht.

Abstimmung: 3-0-4

4. Bürgersprechstunde

Eine Bürgersprechstunde findet nicht statt, da keine Bürger anwesende sind.

5. Vorstellung des Sozialen Management/Soziale Betreuung bei der Wobau

Herr Sonsalla und Frau Wagner von WOBAU bedanken sich für die Einladung und informieren über das Projekt „Soziales Management/Soziale Betreuung bei der WOBAU“. Da die Mieter zunehmend älter werden, muss die WOBAU auf veränderte Anforderungen und Ansprüche reagieren. Weiterhin nimmt der Anteil Pflegebedürftiger und Demenzkranker unter hochaltriger Mieterschaft zu. Ein wachsender Anteil von Mietern mit geringfügigen Einkommen zahlt keine Miete. Zunehmende kulturelle Durchmischung der Mieterschaft und sinkende Toleranz und Konfliktfähigkeit stellt ein weiteres Problem dar. 3 Schwerpunktarbeitsfelder sollen herausgestellt werden

1. Konfliktmanagement (klassische Streitschlichtung)/einzelfallorientierte Hilfen in psychosozialen Problemlagen
2. Wohnberatung und Wohnraumanpassung/Sanierungsbetreuung/Vermittlung haushaltsnaher und sozialer DL insbesondere für die Zielgruppe Senioren
3. Mietschuldnerberatung/Beratung zur Prävention von Mietschulden

Weiterhin bitten Frau Wagner und Herr Sonsalla die anwesenden Stadträte um Unterstützung des Projektantrages „Förderung von Integration durch Einsatz von Kulturmittlern“ im Rahmen der Bürgerarbeit, da dieses Projekt vom Sozial- und Wohnungsamt (50.2) abgelehnt wurde. Frau Borris weist das entschieden zurück.

Frau Borris erläutert das Verfahren zur Bewilligung der Bürgerarbeitsstellen.

An Bürgerarbeit interessierte Träger können Ihre Interessenbekundung (siehe Anlage 1) entweder bei der Landeshauptstadt Magdeburg, Abteilung Arbeitsmarktpolitik (50.2) oder beim Jobcenter einreichen. Danach muss der regionale Konsens hergestellt und das Projekt auf die Fördervoraussetzungen des Bundes geprüft werden. Sollte diese Vorprüfung positiv ausfallen, erhält das Projekt den Zuschlag. Bis März 2011 erfolgt dies durch den Fachbeirat Integration und Marktersatz unter Beteiligung der Arbeitgeberverbände und des DGBs. Seitdem werden die Projekte durch den Steuerungskreis Bürgerarbeit begutachtet. Wahrscheinlich erfolgt die Vorprüfung in Zukunft ganz oder teilweise durch den Beirat des Jobcenters. Der Träger wird dann bei positivem Votum durch die Landeshauptstadt zu Antragstellung aufgefordert. Der Antrag ist innerhalb kurzer Zeit beim Jobcenter zur Vorprüfung einzureichen. Nach Prüfung des Antrags und ggf. nach Überarbeitung der Antragsunterlagen durch den Träger wird der Antrag an das Bundesverwaltungsamt zur Bewilligung weitergeleitet.

Stadtrat Haller sieht das wirtschaftliche Interesse der WOBAU, warum sollte die Stadt diese Stellen finanzieren. Stadtrat Theile sieht die Problembewältigung auch im Sinne der Stadt. Die Begleitung von Mietern mit Migrationshintergrund aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren ist wichtig. Stadtrat Giefers ist von vielen Projekten begeistert. Den Ansatz hält er für unterstützenswert. Stadtrat Haller ist der Meinung, dass Stadtrat Theile sich befangen erklären müsste, da er Mitarbeiter der WOBAU ist. Stadtrat Ansorge tritt dieser Äußerung entschieden entgegen, jedem Stadtratsmitglied muss es möglich sein, seine politische Meinung zu äußern. Letztlich sollte die WOBAU bei der Formulierung des Antrages durch das Amt unterstützt werden.

6. Beschlussvorlagen

- 6.1. Nutzungskonzeption Mehrgenerationenhaus Ottersleben
Vorlage: DS0017/11
 - 6.2. Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus
Ottersleben
Vorlage: DS0267/10
 - 6.3. Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus
Ottersleben
Vorlage: DS0267/10/1
-

Dr. Gottschalk bringt die DS ein. Die DS 0017/11 wird in Ergänzung der DS 0267/10 – Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhauses Ottersleben – eingebracht. Die Diskussionsprozesse zur Etablierung eines Mehrgenerationenhauses (generationsübergreifenden Bürgerhauses) werden seit über zwei Jahren öffentlich u. a. in der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Ottersleben durch die Verwaltung geführt. Gesprächsrunden mit den Akteuren der AG Gemeinwesenarbeit Ottersleben und darüber hinaus auch weiteren Interessierten fanden statt, die eine nochmalige Beratung der inhaltlichen, finanziellen und räumlichen Rahmenbedingungen für ein Nutzungskonzept zum Gegenstand hatten. Mit der Vorlage der DS 0017/11 wird das Nutzungskonzept für ein Mehrgenerationenhaus in Ottersleben (generationsübergreifenden Bürgerhaus) nach einer nochmaligen intensiven Einbindung interessierter Akteure eingebracht. Die Entwicklung eines Mehrgenerationenhauses (generationsübergreifenden Bürgerhauses) durch die benannten Träger und Vereine am Standort der Liegenschaft Lüttgen-Ottersleben wird durch die Verwaltung als realisierbar eingeschätzt. Stadtrat Giefers überzeugt das Nutzungskonzept nicht, es ist auch nicht wirklich umfassender. Dr. Hildebrand schließt sich Stadtrat Giefers an. Stadträtin Hofmann interessiert sich für die Finanzierungs-konzeption. Dr. Gottschalk informiert das ein Zuschuss durch die Stadt ausgeschlossen ist. Träger müssen sich selbst finanzieren. Dr. Gottschalk gibt zu bedenken, dass dieses Konzept ein Anfang ist, vieles wird sich bei der Gestaltung entwickeln. Stadtrat Ansorge fasst die Aussagen der Stadträte zusammen. Das Nutzungskonzept ist als Grundlage der Entwicklung eines Mehrgenerationenhauses zu sehen. Langfristiges Ziel ist die Sicherung des Bestehens des Mehrgenerationenhauses.

Es ist notwendig, das Profil des Mehrgenerationenhauses ständig und beständig weiter zu entwickeln.

Die DS 0017/11 wird durch Stadtrat Ansorge zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung: 6-0-1

Die DS 0017/11 wird empfohlen.

Zum Änderungsantrag DS0267/10/1 wird folgender Änderungsantrag gestellt:

Als Punkt 3 wird eingefügt:

3. Es ist ein fortgeschriebenes und erweitertes Nutzungskonzept auf der Grundlage der DS0139/20 zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Evaluierungszeitpunkt Juni 2013 vorzulegen.

Abstimmung: 7-0-0

Der Änderungsantrag wird empfohlen.

Die DS 0267/10 wird durch Stadtrat Ansorge mit Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung: 6-0-1

Die DS 0267/10 wird mit Änderungsantrag empfohlen.

7. Informationen

- 7.1. Information zum Stand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Prüfung und Verbesserung der Seniorenfreundlichkeit der Kommunalverwaltung
Vorlage: I0062/11
-

Frau Borris bringt die Information ein. In Vorbereitung der Information wurden auf Grund des Antrages die Ämter, Fachbereiche und Beauftragten einbezogen. Das Projekt ist angelaufen und soll die kommenden drei Jahre weitergeführt werden. Projektverantwortlicher ist Dr. Albrecht. Der umfangreiche Antrag FuE-Projekt „Seniorenfreundliche Kommunalverwaltung“ der Hochschule Magdeburg-Stendal an das Bundesministerium kann bei Herrn Dr. Albrecht, Tel.: 540 26 31, nach Terminabsprache eingesehen werden. Die Hochschule Magdeburg-Stendal wird die LH MD evaluierend und beratend unterstützen.

Die Information I0062/11 wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2. Bericht über die Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2010
Aktivitäten und Ergebnisse bis 31.12.2010
in Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Magdeburg
(DS0111/06)
Vorlage: I0114/11
-

Mit den Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung hat die LH MD einen strategischen Handlungsrahmen definiert, der die wesentlichen langjährigen Handlungsschwerpunkte der kommunalen Arbeitsmarktpolitik benennt und die Ziele festschreibt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2010
Vorlage: I0074/11

Herr Pischner stellt seinen Jahresbericht vor. Vorrangige Aufgabe des Behindertenbeauftragten ist auf aktuelle Entwicklungen und Probleme im Hinblick auf die Belange der Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen. Schwerpunkte 2010 waren:

- Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt
- Gesetz über Wohnformen und Teilhabe (Wohn- und Teilhabegesetz – WTG)
- 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Herr Pischner hatte die Gelegenheit zu allen Gesetzesentwürfen eine Stellungnahme als kommunaler Behindertenbeauftragter abzugeben.

Am 11.11.10 beschloss der Stadtrat den Antrag A0097/10 „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten“. In der Stadt Magdeburg wurde dazu eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Mitgliedern der AG Menschen mit Behinderungen gebildet, die bis Ende 2011 einen Entwurf zur Umsetzung der UN-Konventionen vorlegen wollen. Ein weiterer Beschluss bezog sich auf die „Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der LH Magdeburg. Obwohl diese Dringlichkeitsliste keine verbindlichen Investitionsprioritäten festlegen konnten, wurden viele Bestandteile der Dringlichkeitsliste inzwischen realisiert bzw. umgesetzt.

Die I0074/11 wurde zur Kenntnis genommen.

8. Anträge

8.1. Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden
Vorlage: A0027/11

8.1.1. Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden
Vorlage: S0065/11

Stadtrat Giefers bringt den Antrag für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Der OB wird beauftragt, städtische Gebäude für die Ausrichtung von sog. „Reptilienbörsen“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, dass im Stadtgebiet keine „Börsen“ dieser Art mehr stattfinden.

Verwaltungsgebäude werden im Wesentlichen nicht für die Durchführung genutzt. Anderes verhält es sich mit den Gebäuden deren Nutzung durch die MVGM organisiert wird. Für die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen ist der Veranstalter verantwortlich. Das Gesundheits- und Veterinäramt prüft bei allen Börsen, die immer angemeldet werden müssen, Sachkunde, Zuverlässigkeit und räumliche Voraussetzungen. Sollte es der Wille des Stadtrates sein, derartige Börsen aus Gründen des Tierschutzes nicht mehr stattfinden zu lassen, müsste ein für die Verwaltung und städtischen Gesellschaften bindender Beschluss gefasst werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Veranstalter auf andere – möglicherweise ungeeignete und weniger kontrollierte – Veranstaltungsorte ausweichen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Stellungnahme der Verwaltung zu. Stadtrat Ansorge stellt den Antrag zur Abstimmung. Keine Börsen – übersteigt die Kompetenz des Ausschusses.

Abstimmung: 1-3-3

Der A 0027/11 wird nicht empfohlen

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und
Altenplanung"

Stadtrat Ansorge informiert über die letzte Sitzung des Arbeitskreises.
Frau Goehring wurde als stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises gewählt. Frau Dag und Herr Dr. Reichel wurden als Vertreter des Seniorenbeirates als neue Mitglieder begrüßt. Weitere Themen waren die Vernetzte Pflegeberatung sowie die Umsetzung des 3. Beschlusses des Magdeburger Seniorenforums in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat.

10. Verschiedenes

Zu den TOP 10 und 11 gab es keine Wortmeldungen.

Die nächste Ausschusssitzung am **22.06.2011** wird aufgrund einer Veranstaltung des Oberbürgermeisters im **Alemannzimmer** stattfinden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin